

dradio.de

URL: http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/554497/

INTERVIEW

18.10.2006



Vier Stromkonzerne kontrollieren den deutschen Markt. (Bild: AP)

Scharfe Kritik an Energiepolitik des Wirtschaftsministers

Kelber (SPD): Glos behindert Wettbewerb

Moderation: Bettina Klein

Aus der SPD werden die Pläne von Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) zur Preiskontrolle der Stromkonzerne zurückgewiesen. Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Ulrich Kelber, bezeichnete das Vorhaben als eine Pseudolösung, die die jetzige Monopolsituation zementieren würde. Es könnten keine neuen Wettbewerber in den Markt eintreten, solange die Energiekonzerne auf ihre abgeschriebenen und zum Teil subventionierten Kraftwerke zurückgreifen könnten.

Bettina Klein: Auch bei unserem nächsten Thema geht es um Wettbewerb und um den Kampf gegen die Monopolbildung. Die Politik scheint auch hier endgültig aufgewacht in den vergangenen Wochen. Angesichts steigender Preise soll die Marktmacht der großen Energiekonzerne zumindest begrenzt werden: im Interesse der Kunden, aber auch im Interesse eines funktionierenden Wettbewerbs. Nun melden sich mehrere SPD-Bundestagsabgeordnete via Zeitungs-Interview heute zu Wort und warnen - man höre - vor zu starken Eingriffen des Staates. Einer von ihnen ist Ulrich Kelber, umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion. Er ist jetzt am Telefon. Schönen guten Tag!

Ulrich Kelber: Guten Tag Frau Klein!

Klein: Herr Kelber, alles soll so bleiben wie es ist: Vier große Konzerne teilen sich mehr als 80 Prozent des Marktes und die Preise dürfen weiter steigen?

Kelber: Das genaue Gegenteil! Wir wollen mehr Wettbewerb, vor allem mehr Wettbewerber. Es wird keinen fairen Preis und auch keine Innovation im Energiesektor geben, wenn vier Konzerne zusammen weiter 80 bis 90 Prozent vor allem der Stromerzeugung diktieren. Wogegen wir uns wehren sind Pseudolösungen, die in der Tat eigentlich auf Dauer die jetzige Monopolsituation zementieren würden. Daran hat sich die Kritik am Bundeswirtschaftsminister Glos entzündet.

Klein: Welche Pseudolösung zementiert denn die Preise?

Kelber: Ein Beispiel. Wenn der Bundeswirtschaftsminister sagt, der ja sehr lange Zeit tatsächlich nichts gemacht hat und aufgewacht ist, als erst der Bundesumweltminister Sigmar Gabriel gesagt hat, wir müssen etwas tun - zum Beispiel die rechtliche Entflechtung - und nachdem es auch von der SPD verschiedene Vorschläge gegeben hat, in Zukunft sollen die Strompreise nur noch die Kosten eines Unternehmens plus eine bestimmte Rendite sein, dann heißt das, dass die heute am Markt befindlichen Konzerne mit lange abgeschriebenen und zum Teil subventionierten Kraftwerken Preise am Wettbewerb nehmen würden, die die neuen gar nicht leisten könnten, die ja neue Kraftwerke bauen müssten. Damit würden keine neuen Wettbewerber in den Markt eintreten und wir würden weiter von RWE, EON, Vattenfall und ENBW abhängig bleiben, die auf Dauer damit aber dafür sorgen, dass ihre alten, schmutzigen Kraftwerke dran bleiben, dass ihre Monopolsituation da ist, man jeden kleinen Erfolg mühsam erkämpfen müsste über Regulierung und eben nicht über einen Wettbewerb. Deswegen ist das ein falscher Vorschlag.

Klein: Also Minister Glos will das Kartellrecht so verändern, dass das Kartellamt schneller als bisher dem

Verdacht nachgehen kann, wenn es große Preisabweichungen unter den einzelnen Stromkonzernen gibt. Das ist eigentlich doch keine schlechte Idee?

Kelber: Eine Verschärfung des Kartellrechtes ist erst mal völlig in Ordnung. Das war auch vorher bereits von verschiedenen Seiten gefordert, um zum Beispiel bei Preismissbrauch, bei der Einpreisung zum Beispiel der kostenlosen Emissionszertifikate handeln zu können. Es gibt aber andere Vorschläge, die aus meiner Sicht sehr viel zielführender sind, nämlich als erstes alle Gesetze darauf zu prüfen, wo werden heute eigentlich Wettbewerber behindert beim Eintritt in den Markt, die einfach als Konkurrenz auftreten könnten und damit die Preise senken. Das kennen wir in anderen Bereichen. Da ist übrigens gerade das Ministerium von Michael Glos ein Hort von denen, die sich immer neue Behinderungen für Wettbewerber einfallen lassen. An den Stellen zu arbeiten ist sehr viel zielführender, und an solchen Stellen arbeiten ja auch nicht nur die Sozialdemokraten, sondern zum Beispiel auch [CDU-Politiker wie der hessische Wirtschaftsminister Rhiel](#).

Klein: Gut, aber was aus Ihrer Fraktion jetzt kommt, muss man sagen, das klingt schon sehr so, dass man sich schützend vor die Stromkonzerne stellen möchte, und zwar sie vor dem Bundeswirtschaftsminister schützen möchte, wenn ich höre, dass Ihr Kollege davon spricht, dass das Strategien seien wie bei Günter Mittag, also im Sozialismus?

Kelber: Ja, gut. Jetzt sage ich, der Kollege Schulz, der ja nun auch nicht zuständig ist für den Bereich, äußert sich manchmal so. Da spricht er auch nicht für die Mehrheit in der SPD. Die Situation ist eine ganz einfache. Ich habe mich in den letzten Wochen als der für Umweltpolitik zuständige und Energiepolitik zuständige stellvertretende Fraktionsvorsitzende von den großen Energiekonzernen beschimpfen lassen müssen für mein Strategiepapier, in dem ich gesagt habe, ich möchte diese vier Konzerne, die heute 90 Prozent haben, auf unter 50 Prozent am Marktanteil senken, indem ich die Hindernisse für Wettbewerber abbaue, wenn das nicht reicht ich die Wettbewerber bevorteile und wenn das nicht reicht bis hin zum Zwangsverkauf von Kraftwerken und Kraftwerksanteilen gehen müsse. Das ist der Weg, um wirklich Wettbewerb herzustellen und irgendwann eine sich selbst tragende Kundenorientierung zu haben. Wir wollen ja nicht nur über Preise sprechen; wir wollen ja auch über Service, über Modernisierung, über hohe Qualität in den Netzen sprechen, um zum Beispiel Ausfall von Netzen wie in Ländern, in denen eine Reine Preisregulierung a la Glos existiert, zu verhindern. Dafür ist der Wettbewerb das geeignetere Modell als ein Rückfall in 50er- oder 60er-Jahre-Modelle, wo die ihre Kosten vorlegen müssen und sie dann eine Genehmigung bekommen, wie viel sie dafür dann als Preis nehmen dürfen.

Klein: Herr Kelber, einige Vorschläge, Maßnahmen stehen in Rede. Einige haben Sie schon genannt. Einige kommen aus Hessen, vom CDU-Wirtschaftsminister Rhiel dort, wie zum Beispiel die Frage danach, ob es nicht möglich sein müsste, Konzerne zu zwingen, dass sie das eine oder andere Kraftwerk verkaufen, um Wettbewerbern eine Chance zu geben. Auf der anderen Seite wird gefordert, die Netze von den Konzernen zu trennen. Ihr Minister ist ebenfalls in der Regierung. Sehen Sie, dass sich in der nächsten Zeit etwas in diese Richtung bewegen wird?

Kelber: Ich bin mir ziemlich sicher, dass es Bewegung gibt. Die großen vier Energieversorger haben mit ihrer Art, Politik zu machen, mit ihren Strompreiserhöhungen, die teilweise ja regelrecht deindustrialisierend wirken und soziale Schieflagen zur Folge hatten, eine Linie überschritten, welche die Politik, die diese vier Konzerne oft geschützt hat, dazu zwingen wird, anders zu handeln. Ich bin mir mit Minister Rhiel persönlich einig. Ich habe zwei Tage vor seinem Vorschlag ein ähnliches Papier der Öffentlichkeit präsentiert. Nur man sollte an einer anderen Stelle anfangen: nicht über Maßnahmen sich zu unterhalten, sondern zuerst zu definieren, sind wir in Deutschland endlich bereit, dieses Monopol zu beenden und wie in anderen Wirtschaftsfeldern zu sagen, wir akzeptieren in Deutschland keine Marktbeherrschung von Unternehmen, sondern wir ergreifen politische Maßnahmen, um diese Marktbeherrschung zu beenden, Wettbewerber hinzubringen und damit gute, angemessene Preise und gute Qualität für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu organisieren. Das ist die Entscheidung, die die Politik treffen muss, und die muss sie bis Ende dieses Jahres getroffen haben und dann losmarschieren und die geeigneten Maßnahmen, die auf der Straße liegen, ergreifen. 20, 25 Maßnahmen habe ich zum Beispiel in meinem Papier benannt. Das heißt Politik ist nicht Zuschauer. Politik kann handeln und das muss bis Ende des Jahres entschieden sein.

Klein: Sagt Ulrich Kelber, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Danke Ihnen für das Gespräch!

Kelber: Danke schön Frau Klein!

© 2006 Deutschlandradio